

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht beenden - Einsatzfähigkeit von Bundeswehr und sozialen Diensten wiederherstellen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass

1. das Wehrrechtsänderungsgesetz vom 28. April 2011, mit dem der Deutsche Bundestag am 24. März 2011 die allgemeine Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt hat, unverzüglich aufgehoben wird.
2. die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht unverzüglich aufgehoben wird.

**Udo Pastörs und Fraktion**

**Begründung:**

Das im Rahmen der sogenannten Bundeswehr-Reform erarbeitete und umgesetzte Konzept der Umwandlung der Bundeswehr von einer Wehrpflichtigen- zur Freiwilligen-Armee ist gescheitert. Das belegen aktuell vorliegende Zahlen. So haben im vergangenen Jahr bis einschließlich Juli 6.072 Freiwillige ihren Dienst bei der Bundeswehr angetreten. Im Vergleichszeitraum des Jahres 2013 waren es hingegen lediglich 4.106. Damit wird auch die ursprünglich geplante Zahl von 15.000 freiwillig Wehrdienstleistenden sehr deutlich unterschritten.

Die Bundeswehr wird dadurch immer handlungsunfähiger. Für den Verteidigungsfall stehen nicht genügend Soldaten zur Verfügung. Des Weiteren fehlen im Bereich der sozialen Dienste Personen, die aus Gewissensgründen den Dienst an der Waffe ablehnen. Um die beiden entstandenen Lücken zu schließen, ist es unabdingbar, die Aussetzung der Wehrpflicht aufzuheben.